

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 385

Einwohnerratssitzung vom Montag, 20. Mai 2009, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	36/37 Einwohnerrats-Mitglieder 5/6 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Stefan Löw, Gert Ruder, Willi Albert Kurt Lanz und GR Elisabeth Schiltknecht bis zur Pause GR Felix Knöpfel
Vorsitz	Christian Schäublin, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Steve Fischer

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Quartierplanvorschriften "Häring und Coop Areale", 2. Lesung	2573
2.	Quartierplanvorschriften Hardmatt, 2. Lesung	2567
3.	Bericht der Spezialkommission "Alte Dorfturnhalle" zur Überprüfung der Bauabrechnung "Alte Dorfturnhalle"	2562
4.	Interpellation von Bruno Baumann, SP, betr. "Bauprojekt Kreisel Kunimatt in Pratteln"	2603
5.	Berichterstattung zum Postulat von K. Hess, SVP, betr. "Veloparkplatz am Bahnhof"	2504
6.	Teilrevision des Reglements über die Jugendarbeit in der Gemeinde Pratteln (Jugendreglement), 1. Lesung	2592
7.	Interpellation von Stephan Ackermann betr. „sicherer Schulweg“	2593
8.	Zonenplan Siedlung, Mutation Nr. 14, Lindenhof - Verabschiedung zuhanden des Einwohnerrates	2597
9.	Interpellation der SP-Fraktion betr. "Fiber to the Home - FTTH"	2595
10.	Motion der SP-Fraktion betr. „Langsamverkehr“	2594
11.	Postulat der Fraktion Unabhängige Pratteln betr. "Mehr Sicherheit auf den Quartierstrassen"	2596
12.	Interpellation der FDP-Fraktion betr. "Pensionskasse für die Gemeindeangestellten"	2599

- | | | |
|-----|--|------|
| 13. | Interpellation der SP-Fraktion betr. "Fussgänger – Velounterführung Fröschmatt" | 2600 |
| 14. | Postulat von Bruno Baumann, SP, betr. "Gratis-Velovignette an die Pratteler Einwohnerinnen und Einwohner" | 2602 |
| 15. | Postulat der Fraktion Unabhängige Pratteln betr. "Gratis-Velovignetten" | 2601 |
| 16. | Berichterstattung zum Postulat der FDP-Fraktion vom 21. November 2008 betr. "Koordination der Mittagstische in Pratteln" | 2513 |
| 17. | Fragestunde (nach der Pause) | |

Christian Schäublin als Präsident des Einwohnerrates begrüsst zur 385. Sitzung. Ganz herzlich willkommen heisst er Peter Häring-Keller als neues Mitglied des Rates. Er ist für Miriam Dalcher nachgerutscht und Christian Schäublin wünscht ihm bei seiner Tätigkeit alles Gute und viel Freude im Einwohnerrat.

Mitteilungen:

Christian Schäublin

- bittet alle Fraktionspräsidenten und GR Ruedi Brassel in der Pause auf die Bühne
- An der Junisitzung vom 22. Juni 2009 erfolgt die Wahl der Büromitglieder für das Amtsjahr vom 1. Juli 2009 bis 30. Juni 2010: Präsidium, 1. Vizepräsidium, 2. Vizepräsidium, je 2 Stimmzähler und Ersatz. Die Wahlvorschläge der Fraktionen sind bis spätestens Mittwoch, 17.6.2009 (Bürositzung) dem Einwohnerratsbüro schriftlich einzureichen.
- fordert die Räte auf, die gelben Stimmausweise nach der Sitzung wieder auf den Tisch zu legen und nicht mitzunehmen.
- Der Ausflug des Einwohnerrates findet am 20. Juni statt. Das grüne Anmeldeformular ist heute Abend oder bis zum 6. Juni abzugeben.

GR Uwe Klein erklärt, dass die Arbeiten für die Auslagerung des Tagesheimes und die Objektfinanzierung gegenüber dem ursprünglich vorgesehenen Termin auf den 1.1.2010 eine Zeitverzögerung von rund 6 Monaten haben. Der neue Termin ist der 1. Juli 2010. GR Uwe Klein bedankt sich für das Verständnis.

Neue persönliche Vorstösse:

- Postulat der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen "Fussgänger- und Velo-Unterführung Fröschmatt"

Bereinigung Geschäftsverzeichnis:

Christian Schäublin: Das Büro beantragt dem Rat die Absetzung folgender Geschäfte von der Traktandenliste:

- Geschäft Nr. 2591 Motion der SP-Fraktion betr. „Langsamverkehr“ (Traktandum 10) und Geschäft Nr. 2600 Interpellation der SP-Fraktion betr. „Fussgänger – Velounterführung Fröschmatt“ (Traktandum 13), weil Gert Ruder abwesend ist
- Geschäft Nr. 2596 Postulat der Fraktion Unabhängige Pratteln betr. „Mehr Sicherheit auf Quartierstrassen“ (Traktandum 11), weil dieselbe Thematik wie in Geschäft Nr. 2591 behandelt wird.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Geschäft Nr. 2591 Motion der SP-Fraktion betr. „Langsamverkehr“ und Geschäft Nr. 2600 Interpellation der SP-Fraktion betr. „Fussgänger – Velounterführung Fröschmatt“ werden von der Traktandenliste abgesetzt.

Stephan Ackermann äussert sich zu Geschäft Nr. 2596: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen begrüsst, das Postulat auf der Traktandenliste zu belassen, weil wir nicht einsehen, warum ein Postulat abzusetzen ist, wenn ein Einwohnerrat nicht anwesend ist, der das Postulat nicht eingereicht hat und damit nicht direkt zu tun hat. Das Büro hat den Antrag mit einem gewissen sachlichen Zusammenhang begründet. Diesem Antrag zu folgen habe ich Mühe und wir können nicht jedes Geschäft absetzen, wenn bereits jemand einen Vorstoss in diese Richtung gemacht hat und nicht anwesend ist. Auf diese Art sollen wir nicht Geschäfte blockieren können.

Bruno Baumann: Wir von der SP plädieren für eine Verschiebung dieses Geschäftes, weil Beides inhaltlich in einander übergeht und wenn wir heute über Etwas befinden, das nahezu das Gleiche ist wie das von Gert Ruder, dann sollte verschoben werden. Die Grünen und Unabhängigen haben Verständnis dafür.

Der Rat beschliesst 20 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: Geschäft Nr. 2596 Postulat der Fraktion Unabhängige Pratteln betr. „Mehr Sicherheit auf Quartierstrassen“ (Traktandum 11) wird von der Traktandenliste abgesetzt.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2573 Quartierplanvorschriften "Häring und Coop Areale", Bericht der BPK, 2. Lesung

Aktenhinweis:

- Bericht der BPK an den Einwohnerrat vom 20. Februar 2009
- Antrag des Gemeinderates vom 28. Oktober 2008

2. Lesung Quartierplan 1 Coop (Masterplan Häring- und Coop-Areale) „Stand: nach 1. Lesung Einwohnerrat vom 27. April 2009 (beschlossene Änderungsanträge“)

§ 1: Gesamtkonzept:	keine Wortmeldungen
§ 2: Zweck und Ziele:	keine Wortmeldungen
§ 3: Geltungsbereich und Inhalt:	keine Wortmeldungen
§ 4: Zulässige Nutzungen gemäss Zentrumszone:	keine Wortmeldungen
§ 5: Zulässige Nutzungen gemäss Quartierplan:	keine Wortmeldungen
§ 6: Wohnnutzung im Speziellen:	keine Wortmeldungen
§ 7: Baubereiche, Geschosszahl, Gebäudehöhen:	keine Wortmeldungen
§ 8: Baubereiche, Lärmschutzmassnahmen:	keine Wortmeldungen
§ 9: Terraintoten, Erdgeschoss-/Innenhofkoten:	keine Wortmeldungen

§ 10: Nutzungsmass und zulässige BGF:	keine Wortmeldungen
§ 11: Kataster der BGF und der Nutzflächen:	keine Wortmeldungen
§ 12: Grundsatz Baulinien :	keine Wortmeldungen
§ 13: Spezielle Bauweise Baufeld A1:	keine Wortmeldungen
§ 14: Materialien und Gestaltung der Fassaden:	keine Wortmeldungen
§ 15: Erschliessung der Gebäude (Hauszugänge):	keine Wortmeldungen
§ 16: Energie-Standard:	keine Wortmeldungen
§ 17: Dachflächen, Dachaufbauten, Dachbegrünung:	keine Wortmeldungen
§ 18: Grundsatz:	keine Wortmeldungen
§ 19: Öffentliche Bereiche für den Langsamverkehr:	keine Wortmeldungen
§ 20: Halböffentliche Bereiche für den Langsamverkehr:	keine Wortmeldungen
§ 21: Private Hofbereiche:	keine Wortmeldungen
§ 22: Belagswahl:	keine Wortmeldungen

§ 23: Parkplätze:

Stephan Ackermann: Anlässlich der 1. Lesung des Quartierplanes 2 haben wir eine Änderung vorgenommen. Damit beide Quartierpläne denselben Wortlaut haben, müsste nun hier bei diesem Quartierplan diese Formulierung übernommen werden: „Sie dürfen die Fussgängerverbindungen und die regionalen Radrouten nicht stören“.

://: Der Rat stimmt dem Antrag von Stephan Ackermann mit grossem Mehr (30 Ja) zu.

§ 24: Oberirdische Parkieranlagen:	keine Wortmeldungen
§ 25: Unterirdische Einstellhalle:	keine Wortmeldungen
§ 26: Gebäudedurchgänge:	keine Wortmeldungen
§ 27: Kostenbeiträge:	keine Wortmeldungen
§ 28: Wasserversorgung / Abwasserbeseitigung:	keine Wortmeldungen
§ 29: Wärmeerzeugung:	keine Wortmeldungen
§ 30: Abfallbeseitigung:	keine Wortmeldungen
§ 31: Lärmschutz:	keine Wortmeldungen
§ 32: Ergänzende Bestimmungen Baubewilligungsverfahren:	keine Wortmeldung
§ 33: Parzellierung:	keine Wortmeldungen
§ 34: Etappierung:	keine Wortmeldungen
§ 35: Bahnbedingte Erschütterungen:	keine Wortmeldungen
§ 36: Sicherheitsmassnahmen:	keine Wortmeldungen
§ 37: Quartierplanvertrag:	keine Wortmeldungen
§ 38: Ausnahmen:	keine Wortmeldungen
§ 39: Schlussbestimmungen:	keine Wortmeldungen

2. Lesung Quartierplan 2 Coop (Masterplan Häring- und Coop-Areale) „Stand: nach 1. Lesung Einwohnerrat vom 27. April 2009 (beschlossene Änderungsanträge“)

§ 1: Gesamtkonzept:	keine Wortmeldungen
§ 2: Zweck und Ziele:	keine Wortmeldungen
§ 3: Geltungsbereich und Inhalt:	keine Wortmeldungen
§ 4: Zulässige Nutzungen gemäss Zentrumszone:	keine Wortmeldungen
§ 5: Zulässige Nutzungen gemäss Quartierplan:	keine Wortmeldungen
§ 6: Wohnnutzung im Speziellen:	keine Wortmeldungen

§ 7: Baubereiche, Geschosszahl, Gebäudehöhen:

Mauro Pavan stellt den an der letzten Sitzung gestellten Antrag noch ein Mal und begründet ihn: In der Bevölkerung herrscht Skepsis und Hochhäuser stossen eher auf Ablehnung. Es wird über diesen Quartierplan eine Volksabstimmung geben weil das Referendum ergriffen wird. Ein 80m-Bau hat eine schlechtere Chance als ein 61m-Bau. Darum ist gut zu überlegen, was wir wollen. Wenn ihr dem Hochhaus eine Chance geben wollt, stimmt dem Antrag auf eine maximale Gebäudehöhe von 61m zu.

Daniela Berger: Wir haben uns Gedanken gemacht, warum die Höhe des Hochhauses auf 61m zu begrenzen ist; sonst haben wir ja Nichts gegen den Quartierplan. Dazu gibt es 5 Gründe: Es ist ein politischer Entscheid zu treffen und Verantwortung für die Zukunft von Pratteln zu übernehmen. „Pratteln bewegt“ und es stellt sich die Frage „wohin“ oder „wozu“? Städtebauliche und topografische Entscheide fliessen ebenfalls ein, wenn wir sagen, 61m wäre die bessere Wahl, damit es harmonisch wirkt mit dem was schon steht und mit der Topografie von Pratteln. An 2 Veranstaltungen haben wir Shows gesehen, die gezeigt haben, wie sich 60, 80 oder sogar 100m-Bauten in die Landschaft einfügen oder sich eher bemerkbar machen. Wir wissen auch, dass Hochhäuser nur im Cluster beim Bahnhof geplant sind, wenn auch der Gemeinderat meint, man könne noch weiter gehen als der Kanton. Es gibt auch risikominimierende Entscheide, die in die Waagschale zu werfen sind. Wir haben Gutachten über die Immissionen der Bahn, in denen geschrieben ist, dass es knapp machbar ist und es fragt sich, ob „machbar“ auch gut und sinnvoll ist und ob dies auch sinnvoller und toller Wohnraum ist, wenn Wohnungen bis zu einer Höhe von 80m gebaut werden. Zu den Sozialstrukturen, die ich im November erwähnt habe, möchte ich nicht mehr so viel sagen. Ich habe dort schon ausgeführt, dass Hochhäuser die Anonymität fördern, die Vereinsamung, vielleicht sogar die Verslumung und die sozialen Gefüge in die Höhe nicht so gut klappen wie in die Breite. Es werden ja im Quartierplan Gott-sei-Dank viele schöne Häuser hinter dem Lärmschutzwall (Bürogebäude der Bahnlinie entlang) gebaut. Man fragt sich dann, ob dies wirklich so toller Wohnraum ist, den man sich so viel kosten lassen will, in dem man nicht einmal die Fenster aufmachen kann und so hoch oben vom Lärm gestört wird. Dies ist natürlich ein Entscheid, bei dem wir als Einwohnerrat Verantwortung übernehmen und ich kann diese Verantwortung nicht tragen, wenn ich 80m zustimmen muss und darum ist 60m für mich ein Kompromiss Verantwortung zu übernehmen. Es ist auch ein Entscheid auch an uns, ob wir mit dem vorliegenden Quartierplan freien Lauf lassen, dass in Pratteln nicht nur Hochhäuser mit 80m gebaut werden, sondern -wie ich gehört habe- noch höher. Wenn wir diesem Quartierplan hier zustimmen, geben wir nach Aussen ein Signal an weitere Investoren und Bauherren, dasselbe auch zu machen und Profit aus ihren Ideen und Grundstücken zu schlagen, jedenfalls in einem gewissen Perimeter um den Bahnhof herum. Stimmen wir dem Quartierplan in dieser Form nicht zu, sondern sagen „Es ist Alles gut, aber ein Hochhaus sollte nicht höher als 61m sein“, so geben wir ein Signal gegenüber potentiellen Bauherren und Investoren. Nämlich, dass jahrhundertlang gewachsene Strukturen, neue soziale Gefüge und risikominimierende Argumente eine ebenso grosses Gewicht haben wie die wirtschaftlichen und technisch machbaren Anliegen. Zudem geben wir allen Prattler Einwohnern ebenfalls ein Signal. Dass wir uns nicht unhinterfragt dem System Wirtschaft sprich -lohnt sich's, lohnt sich's nicht- fügen, und sich ihren Wünschen beugen. Wohin dies führt sehen wir im Moment sehr gut. Der letzte Punkt ist für mich persönlich einer der wichtigsten neben den soziokulturellen und topografischen, daher plädiere ich für 61m und nicht höher und bitte sie, dem Antrag der SP zuzustimmen.

Urs Hess: Ich bitte Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen. Harmonie mit 60m, das würde heissen, dass über 60m keine Harmonie vorhanden ist. Architektonisch handelt es sich mit 60m um einen abgeschnittenen Koloss. Weiter wird durch das Abschneiden des Hochhauses die Nutzung auf der ganzen Parzelle um die Grössenordnung von 15% verringert. Damit ergeben sich teurere Mieten und wenn wir Wohnraum schaffen wol-

len, den wir bezahlen können, muss die Nutzung auch mit den Mietzinsen übereinstimmen. Daher muss ich klar sagen; wir behalten die 80m und wir bringen den Quartierplan vors Volk und dieses sagt, ob es die 80m will oder nicht. Dies ist der ehrlichere Weg, als wenn man sagt, wir probieren es mit 60m. Ich kann die Verantwortung tragen und zu den 80m stehen. Wenn in diesem Gebiet nichts realisiert wird, gibt es eine Industriebrache an bestens erschlossener öV-Lage. Andererseits haben wir früher das Gebiet „Blözen“ freigehalten, und darum wäre ein Blödsinn, dem Projekt nicht zuzustimmen.

Stephan Ackermann: Wir haben uns schon in der ersten Lesung ablehnend zu den 61m geäußert. Gewissen Argumenten kann ich folgen. Ich kann dem folgen, dass es Probleme optisch und ästhetisch gibt und dass der Blickwinkel verschieden ist. Ich glaube grundsätzlich, dass man diesen Sachverhalt aus dem Quartierplan nicht herausbrechen und die Höhe des Hochhauses kappen kann. Sonst müssen wir ehrlich sein und den Quartierplan als Ganzes ablehnen. Für mich ist die Sache so verwoben und einberechnet, dass es in sich mit dem Hochhaus stimmt und wenn wir dieses herausstreichen, nehme ich an, haben die Investoren kein Interesse an dem Quartierplan, weil die Rendite zu wenig hoch sein wird und dann dort anders gebaut wird. Urs Hess hat es schon erwähnt, dann kommt ein anderer Quartierplan und es wird an anderer Stelle verdichtet gebaut und ob es das dann ist, bezweifle ich. Daher lehne ich den Antrag weiterhin ab. Das Volk kann darüber befinden, ob 60 oder 80m, es ist gut, wenn darüber debattiert wird. Ich nehme an, dass die Investoren an einem Hochhaus mit 60m gar kein Interesse mehr haben und den Quartierplan von sich aus zurückziehen. Dies sind Spekulationen; vielleicht habt ihr Kontakt mit den Bauherren gehabt.

Mauro Pavan: Es ist frech, wenn Du, Stephan, sagst „Ich weiss nicht, ob es das ist, was die SP wirklich will“. Ihr seid es ja, die den Quartierplan vors Volk bringen wollt. Ihr habt gesagt, ihr wollt das Referendum ergreifen.

Stephan Ackermann: Diese Frage muss ich beantworten. Ich habe meine Aussage nicht auf die Abstimmung bezogen, sondern ob die SP wirklich einen Quartierplan will, in dem enger gebaut wird. Ich habe dies das letzte Mal ausführlich dargelegt und unsere Fraktion ist geteilter Meinung, ob man 80m will oder nicht. Uns ist wichtig, dass bei einer solchen Tragweite bzw. wegweisendem Entscheid die Bevölkerung befinden kann. Dies ist die Stellungnahme der Fraktion. Wie wir uns äussern, wenn es zu einer Volksabstimmung kommt, müssen wir zuerst eine Parole fassen.

Thomas Vogelsperger: Ich möchte darauf hinweisen, dass das Volk nicht über einen Kompromiss bestimmt. Das Volk kann nur zu diesem hier vorliegenden Quartierplan ja oder nein sagen. Wenn es nein sagt, hat der Investor nachher das gleiche Problem; er kann nicht bauen und muss warten, bis etwas Neues kommt. Überlegt euch, ob nicht ein Kompromiss vom 60m bei einer Volksabstimmung besseren Anklang finden würde.

Der Antrag der SP-Fraktion betrifft § 7 Abs. 2a. Konkret im Anhang 1 Seite 15 Nutzungstabelle Baufeld D1 ***„Zulässige Gebäudehöhen 75-82m 61m inkl. Dachaufbauten“***.

./.: Der Antrag der SP-Fraktion wird vom Rat mit grossem Nein (7 Ja : 28 Nein) bei 1 Enthaltung abgelehnt.

§ 7a: Baubereich Punktbau im Baufeld C2:	keine Wortmeldungen
§ 8: Baubereich Lärmschutzmassnahmen:	keine Wortmeldungen
§ 9: Terraintoten, Erdgeschoss-/Innenhofkoten:	keine Wortmeldungen
§ 10: Nutzungsmass und zulässige BGF:	keine Wortmeldungen
§ 11: Kataster der BGF und der Nutzflächen:	keine Wortmeldungen

§ 12: Grundsatz Baulinien:	keine Wortmeldungen
§ 13: Spezielle Bauweise Baufelder D1 und D2:	keine Wortmeldungen
§ 14: Materialien und Gestaltung der Fassaden:	keine Wortmeldungen
§ 15: Erschliessung der Gebäude (Hauszugänge):	keine Wortmeldungen
§ 16: Energie-Standard:	keine Wortmeldungen
§ 17: Dachflächen, Dachaufbauten, Dachbegrünung:	keine Wortmeldungen
§ 18: Grundsatz:	keine Wortmeldungen
§ 19: Öffentliche Bereiche für den Langsamverkehr:	keine Wortmeldungen
§ 20: Halböffentliche Bereiche für den Langsamverkehr:	keine Wortmeldungen
§ 21: Private Hofbereiche und Freifläche Tramschlaufe:	keine Wortmeldungen
§ 22: Belagwahl:	keine Wortmeldungen
§ 23: Parkplätze:	keine Wortmeldungen
§ 24: Oberirdische Parkieranlagen:	keine Wortmeldungen
§ 25: Unterirdische Einstellhalle:	keine Wortmeldungen
§ 26: Gebäudedurchgänge:	keine Wortmeldungen
§ 27: Kostenbeiträge:	keine Wortmeldungen
§ 28: Wasserversorgung / Abwasserbeseitigung:	keine Wortmeldungen
§ 29: Wärmeerzeugung :	keine Wortmeldungen
§ 30: Abfallbeseitigung:	keine Wortmeldungen
§ 31: Lärmschutz:	keine Wortmeldungen
§ 32: Ergänzende Bestimmungen Baubewilligungsverfahren:	keine Wortmeldung
§ 33: Parzellierung:	keine Wortmeldungen
§ 34: Etappierung:	keine Wortmeldungen
§ 35: Bahnbedingte Erschütterungen:	keine Wortmeldungen
§ 36: Sicherheitsmassnahmen:	keine Wortmeldungen
§ 37: Quartierplanvertrag:	keine Wortmeldungen
§ 38: Ausnahmen:	keine Wortmeldungen
§ 39: Schlussbestimmungen:	keine Wortmeldungen
Anhang 1 Nutzungstabelle:	keine Wortmeldungen

Beschlussantrag: Die 2. Lesung der Quartierplanreglemente 1 und 2 wird abgeschlossen und es steht die Abstimmung über den Beschlussantrag des Gemeinderates an. Der Beschlussantrag des Gemeinderates ist mit dem der BPK identisch.

Stephan Ackermann: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen hat des öfteren gesagt, dass wir eine Volksabstimmung zu diesem Thema wünschen, damit dieser wegweisende Entscheid zur Höhe der Hochhäuser von der Gesamtbevölkerung getragen wird und nicht nur von den gewählten Vertretern. Es handelt sich um eine Entscheidung für unser Dorf, für den optischen Auftritt, für die Art der Bevölkerungszusammensetzung und der weiteren Entwicklung. Wir werden einen Quartierplan verabschieden, der ein sehr gutes Papier ist und auch die Bauherren mit diesem Quartierplan froh sind, wie er jetzt auf dem Tisch liegt. Unsere Fraktion ist jedoch der Meinung, das Volk solle das letzte Wort haben. Wir stellen keinen weiteren Antrag zum Beschlussantrag; üblich ist, das Behördenreferendum zu ergreifen. Daher mein Aufruf an Alle, auch an diejenigen, die für das Hochhaus sind, das Referendum zu unterzeichnen, damit darüber das Volk befinden kann. Wenn heute kein Referendum zu Stande kommt, werden wir besorgt sein, die 500 Unterschriften zusammen zu bringen, was keine so grosse Hexerei sein wird. Wenn ich jetzt ein Befürworter des Hochhauses wäre, würde ich das Referendum unterstützen. Für mich ist eine breite Diskussion in der Bevölkerung wichtig, daher würde mich das Sammeln von Unterschriften nicht stören.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen:

://: Der Einwohnerrat stimmt mit den in der Detailberatung beschlossenen Änderungen den Quartierplanvorschriften "Häring und Coop Areale" zu und beauftragt den Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens gemäss § 31 RBG.

Behördenreferendum: Gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrates (Punkt 3.4.8 Referendum) kann ein Drittel der anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates das Referendum ergreifen.

13 Mitglieder des Einwohnerrates haben das Behördenreferendum gegen den obenstehenden Beschluss zu Geschäft Nr. 2573 unterschrieben. Damit ist das Behördenreferendum zu Stande gekommen.

Geschäft Nr. 2567 Quartierplanvorschriften Hardmatt, Bericht der BPK, 2. Lesung

Aktenhinweis:

- Bericht der BPK an den Einwohnerrat vom 20. Februar 2009
- Antrag des Gemeinderates vom 21. Oktober 2008

GR Rolf Wehrli: Vor Beginn der 2. Lesung einige Informationen für Sie. Es geht um den Plan im Zusammenhang mit dem Persilwegli. Bei der 1. Lesung hat Gert Ruder sich zum Persilwegli geäussert und einige Fragen und einen kleinen Bericht zum Persilwegli gewünscht. Dazu möchten wir nun im Rahmen der 2. Lesung Auskunft geben. In Plan sehen sie, dass das Persilwegli auf die ganze Länge auf eine Breite von 2.50m ausgebaut wird, sodass dort Fussgänger und Velofahrer problemlos verkehren können. Vom Gelände Quartierplan Hardmatt wird dazu kein Land benötigt. Zwischen dem Persilwegli und dem Hardmattgelände wird noch ein Grünstreifen angelegt. Aquabasi-lea hat auf dem Gelände einen separaten Wegzugang für Velo und Fussgänger. Eine Zusammenführung wie ursprünglich vorgesehen, ist gerade wegen der Bahngeleise nicht möglich. Die weitere Führung der wichtigen Veloverbindung Ost-West entlang der Industriestrasse wird zusammen mit Fachleuten eingehend geprüft und insbesondere die Verbindung bis zum neuen, in der Planung befindlichen Bahnhof Nord. Die Sicherheit des Langsamverkehrs hat dabei 1. Priorität. Ebenfalls wird der Einmündungsbereich Persilwegli – Hardmattstrasse eine klare Verkehrsführung erhalten.

2. Lesung Quartierplanung Hardmatt, „Stand: nach 1. Lesung Einwohnerrat vom 27. April 2009 (beschlossene Änderungsanträge“)

Ziff. 1: Erlass:	keine Wortmeldungen
Ziff. 2: Zweck und Ziele der Planung:	keine Wortmeldungen
Ziff. 3: Geltungsbereich und Inhalt:	keine Wortmeldungen
Ziff. 4: Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten:	keine Wortmeldungen
Ziff. 5: Art und Mass der Nutzung:	keine Wortmeldungen
Ziff. 6: Umgebungsgestaltung:	keine Wortmeldungen

Ziff. 7: Erschliessung und Parkierung:

Roger Schneider: An der letzten Sitzung haben wir den Antrag der BPK zur Ablehnung empfohlen, sind mit diesem nicht durchgekommen. Dies betrifft Ziff. 7 Abs. 8 betreffend Shuttlebus. Dort ist auf Antrag der BPK der Zusatz eingefügt „Solange ein Be-

dürfnis besteht, sind ...“. Nun stellt die Fraktion der Unabhängigen und Grünen den **Antrag**, auf folgende Präzisierung „Solange ein Bedürfnis besteht, aber während mindestens zweier Jahre, sind ...“. Es ist fachlich erhärtet, dass ein Angebot des öV, und dazu gehört auch der Shuttlebus, mindestens 2 Jahre in Betrieb sein muss, um das Bedürfnis beurteilen zu können. In dieser Zeit muss alles unternommen werden, dass nicht mit Gratisparkplätzen Werbung gemacht wird, sondern auch Werbung mit dem Gratis-Shuttlebus. Es müssen Anreize geschaffen werden, damit der Shuttle von den Kunden intensiver benutzt wird, um so einen Beitrag zur Entlastung der Strassen in jenem Gebiet zu leisten.

Urs Hess: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. „Solange eine Bedürfnis besteht“ kann 2 Jahre aber auch 4 Jahre sein und diese Formulierung beisst sich.

Mario Puppato: Es ist ein Streit um des Kaisers Bart. Die Gefahr, die die Unabhängigen und Grünen sehen, ist, dass vor Ablauf der 2 Jahre eine Ausrede gesucht wird, den Bus abzuschaffen und eine Absicherung dagegen besteht in der Formulierung „mindestens 2 Jahre“. Auch ich bin der Meinung, es müssten mindestens 2 Jahre sein, aber dies im Quartierplan festzulegen, scheint mir übertrieben. Daher werde ich dem Antrag nicht zustimmen.

://: Der Rat lehnt den Antrag von Roger Schneider („...während mindestens zweier Jahre...“) mit 12 Ja : 20 Nein bei 4 Enthaltungen ab.

Ziff. 8: Ver- und Entsorgung:	keine Wortmeldungen
Ziff. 9: Lärmschutz:	keine Wortmeldungen
Ziff. 10: Parzellierung und Etappierung:	keine Wortmeldungen
Ziff. 11: Ausnahmen:	keine Wortmeldungen
Ziff. 12: Quartierplanvertrag:	keine Wortmeldungen
Ziff. 13: Schlussbestimmungen:	keine Wortmeldungen

Roger Schneider: Wir haben bereits an der letzten Sitzung unseren Unmut ausgedrückt und finden von A – Z, dass dies keine gute Planung ist. Wir haben den Umweltverträglichkeitsbericht als ungenügend kritisiert, dies wurde auch von der BPK gestützt. Wir beschliessen einen Nutzungsplan und finden, dieser widerspreche dem Gebot des haushälterischen Umgangs mit dem Boden: Alles auf einer Ebene, also eine Verschwendung von Bauland an guter Lage. Pratteln-Mitte sagt für Industriezonen aus, dass keine Verkaufsflächen für Güter mit einem überkommunalen Besucherkreis erlaubt sein sollen – und genau dies findet jetzt dort statt. Es ist auch kein arbeitsplatzintensiver Betrieb, der dort vorgesehen ist, wo bleibt die Planungsbeständigkeit? Es handelt sich um ein Areal mit guter Anbindung zum Bahnhof und wir haben dort eine Nutzung, bei der jeder mit dem Auto kommen muss. Die dortige Fläche hätte eine sinnvollere Nutzung mit einer besseren Abschöpfung verdient

Beschlussantrag: Die 2. Lesung der Quartierplanung Hardmatt wird abgeschlossen und es steht die Abstimmung über den Beschlussantrag des Gemeinderates an. Der Beschlussantrag des Gemeinderates ist mit dem der BPK identisch.

Der Rat beschliesst mit grossen Mehr gegen 8 : Stimmen bei 0 Enthaltungen:

://: Der Einwohnerrat stimmt den Quartierplanvorschriften „Hardmatt“ mit den in der Detailberatung beschlossenen Änderungen zu und beauftragt den Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens gemäss § 31 RBG.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist:
29. Juni 2009.

Geschäft Nr. 2562

Bericht der Spezialkommission "Alte Dorfturnhalle" zur Überprüfung der Bauabrechnung "Alte Dorfturnhalle"

Aktenhinweis:

- Bericht der Spezialkommission „Alte Dorfturnhalle“ vom 4. Mai 2009

Philippe Doppler (als Kommissionspräsident): Es ist einige Zeit vergangen, als der Einwohnerrat das Geschäft Nr. 2562 an eine Spezialkommission überwiesen hat. Personelle Wechsel und beschränkte zeitliche Ressourcen haben die Behandlung dieses Geschäftes etwas verzögert. Ich entschuldige mich dafür und danke gleichzeitig Dieter Härdi, Anteilungsleiter Bau, für die geleistete Arbeit. Es hat sehr viele Unterlagen zusammengesucht und sehr viel Vorarbeit für die Kommission geleistet. Der Kommissionsbericht liegt heute vor und gibt den damaligen Kritikern in allen Punkten recht. Die damaligen Begründungen für eine Überweisung an eine Spezialkommission waren: fehlende Transparenz der gesamten Bauabrechnung und der Kostenüberschreitung, (Fast)Kompetenzüberschreitung des Gemeinderates, weil auf einen vom Volk beschlossenen Kredit kein Nachtragskredit gestellt wurde. Leider wurde der Nachtragskredit erst auf Intervention des Einwohnerrates und auch dann eher widerwillig gestellt. Auch auf die Nachfrage der Spezialkommission beim Gemeinderat ist die Einsicht dazu nicht erfolgt. Fakt ist, dass der Gemeinderat ohne Intervention des Einwohnerrates seine Kompetenz überschritten hätte. Die Kommission hat festgestellt, dass die Abteilung Bau schon wesentlich früher bemerkt hat, dass ein Nachtragskredit benötigt wird und dem Gemeinderat entsprechende Anträge unterbreitet. Gründe, warum der Gemeinderat die Anträge ignoriert hat, sind der Kommission insofern bekannt, dass die Überschreitung nur einen kleinen Prozentsatz der Bauabrechnungssumme betrug und darum nicht beantragt werden müsse. Unerwähnt blieb im Bericht, dass es sich um einen vom Volk gesprochenen Kredit gehandelt hat, der zwingend einen Nachtragskredit zu Händen des Einwohnerrates notwendig gemacht hätte. Die Spezialkommission hat im Bericht dem Gemeinderat empfohlen, eine Vereinheitlichung der zukünftigen Bauabrechnungen zu prüfen. Dabei geht es um Transparenz und Darstellung aller für den Einwohnerrat für die Entscheidungsfindung wesentlichen Punkte. Wäre die Kreditüberschreitung von Anfang an so dargestellt worden wie im Kommissionsbericht ersichtlich, hätte die Spezialkommission nicht einberufen werden müssen. Einen weiteren Punkt betrifft in diesem Fall die Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettoabrechnung. Während die Bruttorechnung Einlagen Dritter, in diesem Fall IGOP/Laienbühne berücksichtigt, werden diese bei der Nettoabrechnung nicht berücksichtigt. Die Rechnung alte Dorfturnhalle wurde netto abgerechnet, zumindest haben wir im Einwohnerrat das so gesehen und auch in der Spezialkommission so beurteilt. Beim Kanton wird brutto abgerechnet und die Spezialkommission empfiehlt dem Gemeinderat die Abrechnungsmethode brutto oder netto zu überprüfen, zu vereinheitlichen und damit die Transparenz zu steigern. Die Kommission empfiehlt trotz aller leider vom Gemeinderat begangenen Fehler, den Nachtragskredit von CHF 175'380.20 für die Sanierung der Dorfturnhalle zu genehmigen in der Hoffnung, dass die Punkte im Bericht ernst genommen werden und dieselben Fehler nicht noch ein Mal begonnen werden.

Roland Kuny: Ich danke der Kommission für ihre Arbeit. In den Legislaturzielen hat der Gemeinderat geschrieben „Teilweises Misstrauen im Einwohnerrat gegenüber dem Gemeinderat“. Mich erstaunt nicht, wenn der Gemeinderat einen Einwohnerratsbeschluss ignoriert und keinen Nachtragskredit für die Ausstattung stellt. Die Mehrkosten

waren eigentlich CHF 300'000 und die Planer waren so geschickt, 5% Unvorhergesehenes einzubauen, so dass man auf CHF 175'000 kommt. Es sieht aus, als ob man den Kredit ausnutzen wollte wie im Militär, wo man die Munition ausnutzen muss, weil man sonst das nächste Mal nicht mehr so viel erhält. Dafür, dass CHF 300'000 im Planungskredit waren, ist der Kostenvoranschlag relativ ungenau und beim nächsten Kredit soll die Planung genauer sein. Trotzdem sind wir für den Antrag der Kommission.

Benedikt Schmidt: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen dankt allen, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben und vor allem dem Abteilungsleiter Bau, Dieter Härdi. Der Bericht zeigt, dass die Kommission für das Aufarbeiten dieser Sache notwendig gewesen ist, auch wenn es im Einwohnerrat ursprünglich sehr starke Opposition gegen diese Kommission gegeben hat. Argument war „Die Summe ist eine Bagatelle“ aber die Summe alleine ist nicht ausschlaggebend. Dank dem Bericht ist klar, was gelaufen ist und wir wissen, dass dummerweise ein Teil des ursprünglichen Kredits für die Dorfturnhalle vergessen gegangen ist; es sind dies die diversen Ausrüstungsgegenstände. Ich bitte den Gemeinderat in Zukunft bessere Abrechnungen vorzulegen, damit es keine Kommission mehr braucht und ich bitte den Gemeinderat, sich in Zukunft an die Gemeindeordnung zu halten. Generell sind wir der Meinung, die Schlussfolgerungen der Kommission sollten nicht einfach Staub ansetzen, sondern vom Gemeinderat beachtet werden.

Daniela Berger: Was machen wir mit einem solchen Bericht der Spezialkommission? Wir können ja nichts Anderes machen, als zur Kenntnis zu nehmen und zustimmen, dass diese Mehrbeträge bereits ausgegeben wurden. Was erstaunt ist jedoch, dass die Kommission die Sinnhaftigkeit der Ausgaben nicht anzweifelt d. h. alles, was ausgegeben wurde, macht Sinn. Was hat die Spezialkommission gebracht? Eigentlich Nichts- und das ist, was wir schon vorher gedacht haben.

Urs Hess: Ich bin froh, konnte die Spezialkommission eingesetzt werden und die Kommission ist viel zu anständig mit dem Gemeinderat umgegangen. Ganz klar hat man seinerzeit, als es um den Baukredit ging, gewisse Sachen herausgenommen, nämlich bei der Ausrüstung, als gesagt wurde, wir wollen eine etwas einfachere Bühne. Das hat der Einwohnerrat beschlossen, das hat das Volk beschlossen und der Gemeinderat hat sich darüber hinweggesetzt und gesagt, das braucht es, sonst können wir die Turnhalle nicht betreiben. Ich bin heute noch überzeugt, der Gemeinderat wollte das Volk übertölpeln und wenn man dann mit einer Kaffeemaschine kommt, wird ein riesiges Lamento gemacht und vorher gibt man CHF 300'000 zu viel aus.

Philippe Doppler: Es wäre als Einwohnerrat leichtsinnig zu sagen, dass die Kommission nichts gebracht hätte. Die Kommission hat nicht nur zur Aufgabe gehabt zu prüfen, was für Gelder ausgegeben worden sind. Wir mussten auch prüfen, ob das Geld richtig ausgegeben worden ist, ob der Gemeinderat auch zu viel Geld ausgeben durfte. Was ist im Hintergrund gelaufen, was weiss der Einwohnerrat nicht? Und das hat die Kommission herausgefunden. Sie hat herausgefunden, dass die Abteilung Bau dem Gemeinderat Anträge gestellt hat, der Gemeinderat sie aber ignoriert hat. Wenn die Anträge gekommen wären, wäre dies alles kein Thema gewesen. Zudem sagt die Gemeindeordnung in § 17 „Der Einwohnerrat ist die oberste gesetzgebende und kontrollierende Behörde der Einwohnergemeinde“. Also ist es unsere Pflicht, solche Sachen zu kontrollieren.

Bruno Baumann: Ich fühle mich wohl hier drin. Es ist ein guter Raum und nicht nur Sitzungen, sondern auch Veranstaltungen finden hier statt. Ich bin froh, haben wir einen solchen Raum in Pratteln. Schade ist, dass es bei „Empfehlungen“ heisst „Die Spezialkommission empfiehlt“; man empfiehlt, d. h. aber nicht, dass sich der Gemeinderat nachher daran hält. Für mich fehlt das Wort „Verpflichtung“, dass der Gemeinderat zu uns kommt und einen Nachtragskredit stellt, was heute leider gang und gäbe ist. Ich verzichte heute auf einen Antrag und hoffe, dass der Gemeinderat zu uns kommt,

und einen Nachtragskredit verlangt und so lassen sich die Kosten für die Spezialkommission einsparen.

GR Rolf Wehrli: Der Einwohnerrat erwartet, dass der Bauchef sich auch noch äussert. Als das erste Mal beraten wurde, war ich in den Ferien und habe dort ähnlich geschwitzt wie heute hier. Der Gemeinderat hat das nicht ignoriert. Im Gegenteil. Die Abteilung Bau, für die ich als Bauchef verantwortlich bin, hat den Antrag gemacht. Ich stehe auch 100%ig hinter dem Beschluss des Gemeinderates, dies nicht mit einem Nachtragskredit zu verbinden. Ich habe damals auch zugestimmt. Wir haben das nicht gemacht, um dem Einwohnerrat zu hintergehen, etwas zu „mauscheln“. Knapp etwas über 5% ist das Gebäude bei einem Kredit von über CHF 3 Mio. teurer geworden. Alle die schon umgebaut haben, wissen wie das ist, wenn etwas hervorkommt, das man nicht vorher weiss. Da waren einige Sachen, von denen wir nicht wussten, wie sie herauskommen. Faktisch gesehen würdigt der Kommissionsbericht richtig; aber der Gemeinderat war der Auffassung -und dazu stehe ich heute immer noch- den Nachtragskredit in der Rechnung zu begründen. Dies wurde gemacht und nachher wurde die Spezialkommission eingesetzt, die diesen Bericht erarbeitet hat. Ich denke, dies ist ein versöhnlicher Abschluss. Es gibt Rüge, wir haben in Treu und Glauben und im Sinn der Effizienz gehandelt und wir haben ein schönes Gebäude bekommen. Ich sage es noch einmal, ein Umbau ist nicht ganz einfach und vorher wurde schon gekürzt. Nichtsdesto-trotz: Ich danke auch der Spezialkommission für den Bericht, nehme die Rüge auch entgegen und hoffe, dass wir es das nächste Mal für sie besser machen.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Dem Nachtragskredit von CHF 175'380.20 für die Sanierung der Dorfturnhalle wird zugestimmt.

Geschäft Nr. 2603 Interpellation von Bruno Baumann, SP, betr. "Bauprojekt Kreisel Kunimatt in Pratteln"

Aktenhinweis:

- Interpellation von Bruno Baumann, SP, betr. "Bauprojekt Kreisel Kunimatt in Pratteln" vom 21. April 2009

GR Rolf Wehrli: Ich danke Bruno Baumann für diese Interpellation. Es ist eine Sache, die die Leute interessiert und es wurde schon viel darüber diskutiert. Frage 1: Wann werden die Pratteler Bevölkerung und die betroffenen Anstösser über die notwendigen Verkehrsumleitungen während der Bauphase informiert? Die Regierung, das Tiefbauamt und die Gemeinde Pratteln am haben 29. April 2009 eine Informationsveranstaltung in der Alten Dorfturnhalle durchgeführt, um über das geplante Bauvorhaben und deren Bauphasen sowie der Verkehrsumleitung zu informieren und Fragen zu beantworten. Die involvierten Anwohnerinnen und Anwohner und Gewerbebetriebe sowie alle zusätzlich Betroffenen wurden per Einladungsschreiben eingeladen. Eine Publikation in der Tagespresse wie auch im Gemeindeanzeiger hat die interessierte Bevölkerung auf den Infoabend aufmerksam gemacht. Zum Informationskonzept gehören auch; Infotafeln mit Hinweis auf eine Internetplattform www.kunimatt.ch; eine E-Mail-Adresse info.kunimatt@bl.ch sowie einer Hotline. Frage 2: Hat der Gemeinderat mit dem Regierungsrat bezüglich Bewältigung des Verkehrsaufkommens bereits Kontakt aufgenommen? Wenn ja wann? Die Gemeinde wurde vom Kanton von Anfang an in die Planung des Kreisels Kunimatt miteinbezogen. Pratteln wird durch den Abteilungsleiter Bau und

den Sachbearbeiter Tiefbau in der Projektorganisation Kreisel Kunimatt vertreten. Zur Projektierung und Planung einer solch wichtigen Verkehrsanlage gehört auch die Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes mit Massnahmen zur Bewältigung des vermehrten Verkehrsaufkommens während der Bauphase. *Frage 3: Wird der Gemeinderat mit den benachbarten Gemeinden (Augst, Frenkendorf, Füllinsdorf und Muttenz) Gespräche führen und diese in die notwendigen Verkehrsumleitungen mit einbeziehen?* Die Verkehrsumleitung sieht vor, den Verkehr grösstenteils über einen provisorischen Grosskreisel um die Baustelle zu führen. Notwendige grossräumige Umleitungen (Aktivierung des Umleitungskonzeptes EABA) werden erst bei einem Störfall aktiv. Die umliegenden Gemeinden werden vorgängig über mögliche Umleitungen informiert. Sie wurden auch die Informationsveranstaltung vom 29. April 2009 eingeladen. *Frage 4: Sind verkehrsregulierende Massnahmen auf Gemeindeebene, wie der Einsatz von Verkehrsdiensten, vermehrte Polizeipräsenz und ähnliches geplant?* Die Knotenpunkte im Umfahrungsbereich des Grosskreisels werden mit Verkehrskadetten geregelt, so ist gewährleistet, dass die Fussgänger sicher geführt, der öffentliche Verkehr priorisiert und der gesamte Verkehrsfluss optimiert wird. *Frage 5: Wie will der Gemeinderat den Schleichverkehr eindämmen?* Mit einer guten Vorinformation an die Bevölkerung durch die Tagespresse sowie Informationstafeln die auf bevorstehenden Bauarbeiten aufmerksam machen, soll der Verkehrsteilnehmer vorgängig über die Behinderungen informiert werden. Eine funktionierende Umleitung über den Grosskreisel soll den Verkehr auf der Kantonsstrasse behalten. Die Überwachung in den Quartierstrassen soll stichprobenhaft durch die Gemeindepolizei wahrgenommen und wenn nötig, reguliert werden. *Frage 6: Wird sich der Gemeinderat dafür einsetzen, dass sich der Kanton an den Kosten, die während der Bauphase, zum Beispiel durch verkehrsberuhigende Massnahmen bei der Gemeinde anfallen, beteiligt?* Der Neubau des Kreisels Kunimatt in Pratteln wird mit 60% durch den Kanton und 40% durch die Gemeinde finanziert. So sind alle Massnahmen, die den Verkehr betreffen, auch mit diesem Kostenteiler zu tragen. *Frage 7: Wird vom Gemeinderat konkret sichergestellt, dass Strasse an welchen Schulen und Kindergärten angrenzen sowie kleinere Quartierstrasse, besonders vom Schleichverkehr geschützt werden?* In einer ersten Phase wird der Verkehr bei den Knotenpunkten im Umfahrungsbereich der Baustelle und die neuralgische Kreuzung Bahnhof-, Kirschgarten-, Muttenzer- und Hauptstrasse durch Verkehrskadetten geregelt. Die Gemeindepolizei wird die Entwicklung des Verkehrs ab Baubeginn in den übrigen Gebieten observieren und bei Bedarf rasch die nötigen Massnahmen wie z. B. zusätzliche Verkehrskadetten, anfordern und in die Wege leiten. *Frage 8: Wird die Gemeindepolizei während der Bauphase vermehrt präsent sein, um so den Schleichverkehr mithelfen einzudämmen?* Im Rahmen ihrer personellen und der ihr vom Strassengesetz her gebotenen Möglichkeiten: Ja.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

Bruno Baumann: Diejenigen, die an diesem Informationsanlass anwesend waren, wissen, was auf Pratteln zukommt. Viele haben gesagt, ich würde Schwarzmalen. Aber wenn man sieht, was für Umleitungen vorgesehen sind, funktioniert dies sicher nicht in den Stosszeiten und es gibt grausame Staus, sodass man nur sagen kann „Umfahrt Pratteln grossräumig“. Ich nehme an, dass es weit hinten Richtung Füllinsdorf und Muttenz und Richtung Augst Rückstau geben wird. Mich interessiert noch, welche konkrete Massnahmen (Frage 5) der Gemeinderat veranlassen wird, um den Schleichweg einzudämmen. Wenn es jemand eilig hat, nimmt er einen Schleichweg oder fährt noch über den „Kistenpass“. Zu den Verkehrskadetten: Ich befürchte, dass der Schleichverkehr dem Kindergarten entlang geht und auch an den Schulen. Heisst dies, wenn Einwohner oder Lehrer dies feststellen, dass jede Person anrufen kann? Telefonnummer und www-Nummer stehen auf der Infotafel. Nehmt dies ernst und macht es auch. Es ist unser Dorf, das wir im Moment „schützen“ müssen, obwohl es sich beim Kreisel um eine gute Sache handelt. Es wird eine harte Zeit von ungefähr 6 Monaten für uns werden. Trotzdem, wenn die Sicherheit der Kinder nicht mehr geleistet ist, kann der Lehrer dann anrufen?

GR Rolf Wehrli: Bruno Baumann hat die Antwort bereits selber gegeben. Dafür haben wir die Hotline; nützt die Hotline aus, für das ist sie da. Stichprobenweise gehen wir natürlich nachschauen, wie die Situation ist. Ist sie erträglich, muss man Massnahmen ergreifen, muss man das Gespräch mit der Kantonspolizei suchen? Welches sind die besten Möglichkeiten? Wir können Strassen nicht einfach sperren oder Gebühren einziehen. Wir können allenfalls die Geschwindigkeit temporär herabsetzen, falls es nicht schon eine Tempo-30-Zone ist. Über solche Massnahmen können wir erst mit Fachleuten reden, wenn es tatsächlich so weit ist. Ist es nur in den Stosszeiten oder haben wir dort generell den Schleichverkehr? Es ist uns und auch dem Kanton bewusst, dass der Bau dieses Kreisels den Schleichverkehr vorübergehend verstärken wird. Ein Ende ist jedoch absehbar und am Schluss existiert ein Kreisel, der uns Allen Verbesserungen bringt.

Geschäft Nr. 2504

Berichterstattung zum Postulat von K. Hess, SVP, betr. "Veloparkplatz am Bahnhof"

Aktenhinweis:

- Postulat von K. Hess, SVP, betr. "Veloparkplatz am Bahnhof"
- Antrag des Gemeinderates vom 31. März 2009

GR Ruedi Brassel: Es handelt sich hier nicht um ein erfreuliches Geschäft. Beim ruhenden Verkehr hat eine Analyse bereits vor 1 Jahr ergeben, dass die markierten Velos bewegt oder entsorgt wurden. Dies war die Faktenlage, als ich mein Amt angetreten habe und zusätzlich noch die Aussage der SBB, dass bezüglich mehr Veloparkplätzen nichts zu erreichen sei. Wir haben das noch einmal diskutiert, weil dies schon die Ausgangslage war, als 2005 Eva Keller-Gachnang eine Interpellation über Veloparkplätze am Bahnhof Pratteln eingereicht hat. Alle Nachforschungen bei den SBB haben ergeben, dass nicht mehr gesagt werden kann, dass nicht mehr Platz frei gemacht werden kann. Es wurden verschiedene Möglichkeiten abgeklärt, westlich des neuen Bahnhofgebäudes usw. Dies alles ist an die unerfreuliche Situation gebunden, dies sich seit der Beantwortung der Interpellation noch verschärft hat (Provisorium Kiosk, die Zeitungsstände nehmen gedeckten Veloparkplatz weg usw.). Es zeigt sich wenig Flexibilität und ich kann alle verstehen, die mit der Situation nicht zufrieden sind. Wenn nun der Gemeinderat beantragt, das Geschäft trotzdem abzuschreiben, dann, weil sich nicht mehr erreichen liess und weil es Sinn macht, das Geschäft abzuschliessen, um neuen Druck aufzusetzen. Der Gemeinderat sperrt sich überhaupt nicht gegen einen Auftrag, das beweist auch die Tatsache, dass wir bereits neue Varianten abgeklärt haben. Es wird momentan abgeklärt, ob neue Veloparkplätze vor dem Restaurant Salmen als Provisorium erstellt werden können, bis der neue Bahnhof Ende 2009 fertig sein soll. Sobald sich abzeichnet, dass die SBB vorwärts machen, werden wir intensiv daran gehen, neue Veloparkplätze vor allem im Westen einzurichten. Ich bitte sie daher um „Langmut“ und der Abschreibung zuzustimmen. Wir werden so oder so am Ball bleiben, ob sich etwas realisieren lässt.

Karin Hess: Ruedi Brassel hat selber gesagt, dass die Situation nicht befriedigend ist. Ich sehe selber, dass im Moment nichts zu machen ist und habe die Hoffnung, dass der Gemeinderat nach dem Umbau alles daran setzen wird, die Situation zu verbessern; sonst werde ich wieder einen Vorstoss unternehmen.

Dominik Holenstein: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen findet die momentane Situation schlimm. Wir verstehen auch, dass es im Moment schwierig ist, etwas zu machen und danken dem Gemeinderat für seine Bemühungen. Ich selber

möchte noch mit auf den Weg geben, dass bei der Prüfung neuer, zusätzlicher Standorte gute Zufahrt und gute Erreichbarkeit zu gewährleisten sind. Der jetzige Platz ist diesbezüglich ideal. Von der Sicherheit her habe ich Bedenken, wenn die Veloabstellplätze hinter das neue Gebäude zu stehen kämen; dann wäre es nachts eine Sicherheitsfrage. Wir stimmen der jedoch Abschreibung zu.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Das Postulat Nr. 2504 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2592 **Teilrevision des Reglements über die Jugendarbeit in der Gemeinde Pratteln (Jugendreglement), 1. Lesung**

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 10. Februar 2009

GR Uwe Klein: Am 15. Juli letztem Jahres wurde das Jugendreglement in Kraft gesetzt. Die Bildungs- und Sportdirektion hat das Reglement mit einigen Änderungen genehmigt. Nicht genehmigt hat sie § 6 Abs. 2 lit. a – c. Kurt Lanz hat daraufhin eine Motion zur Änderung des Jugendreglementes und die entsprechenden Textvorschläge dazu eingereicht. Die Motion wurde überwiesen und der Gemeinderat hat die Formulierungen noch ein Mal überprüft und schlägt ihnen auf Seite 2 unten die dort ausgeführten Formulierungen vor. Der Gemeinderat möchte ganz sicher sein, dass das Reglement in Zukunft die Hürden beim Regierungsrat schaffen kann.

Eintreten ist unbestritten, es erfolgt Direktberatung.

Kurt Lanz: Ich danke dem Gemeinderat für die speditive Erledigung. Der Einwohnerrat hat der Motion seinerzeit zugestimmt und ich selber kann mit dieser Verbesserung leben. Darum bitte ich sie, dem Beschlussantrag zuzustimmen.

Die 1. Lesung wird abgeschlossen und der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Auf eine 2. Lesung wird verzichtet (2/3-Mehrheit notwendig und erreicht).

://: Der Einwohnerrat stimmt der Änderung des Reglements über die Jugendarbeit der Gemeinde Pratteln gemäss Entwurf zu. Die Motion zur Änderung des Jugendreglements (Nr. 2560) ist als erledigt abzuschreiben.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist:
29. Juni 2009

Geschäft Nr. 2593 Interpellation von Stephan Ackermann betr. „sicherer Schulweg“

Aktenhinweis:

- Interpellation Unabhängige Pratteln betr. „sicherer Schulweg“ von Stephan Ackermann 16. Februar 2009

GR Ruedi Brassel: Ein sicherer Schulweg ist sicher ein Anliegen, hinter dem wir alle stehen können und es wird jede Massnahme zu prüfen sein, die etwas bringen kann. Frage 1: *Ist der Gemeinderat bereit, Halteverbote um die Schulgebäude und Kindergärten zu errichten?* Hier geht es um Vermeidung des Hol- und Bringdienstes. Ein Halteverbot ist das Verbot, einen kurzen Moment anzuhalten und dann wieder wegzufahren. Die Einhaltung eines Halteverbotes setzt voraus, dass das Halteverbot dauernd kontrolliert werden kann. Ist keine Kontrolle möglich, nützt ein Halteverbot nichts. Wir haben überall Parkierverbot; aber Halteverbot kann man vor Ort nicht durchsetzen. Sinnvoller ist, wenn die Polizei patrouilliert, präsent ist und dies wird dort gemacht. Wenn dort Jemand steht, hält auch niemand an. Präsenz bringt in solchen Fällen mehr als Scheinsicherheit durch ein Halteverbot und der gewünschte Erfolg kann nicht gebracht werden. Frage 2: *Wenn ja, ab wann kann mit diesen gerechnet werden?* Wir planen keine Halteverbote. Frage 3: *Wenn nein, was für andere Massnahmen gedenkt der Gemeinderat zu ergreifen und wann?* Ich könnte jetzt für jeden Kindergarten und Schulhaus die Situation genau erklären. Es ist so, dass dort, wo Tempo-30-Zonen sind, die Problematik viel geringer ist wie an der Gartenstrasse, am Fröschmattschulhaus, am Kindergarten Zweien, wo keine Tempo-30-Zonen bestehen. Es besteht weiterhin die Möglichkeit um Schulhäuser und Kindergärten Tempo-30-Zonen einzurichten. Dies wurde im Fröschmattquartier aus meinen Augen -leider- abgelehnt. Es gibt weitere Massnahmen. Dies sind klare Hinweistafeln und eindeutige Beschilderung. Es gibt die Möglichkeit der Markierung von Parkfeldern, um das Tempo zu verlangsamen und damit die Sicherheit zu erhöhen. Ein wichtiger Punkt ist, die Hol- und Bringaktionen der Eltern zu unterbinden, weil diese letztendlich nur zur Steigerung der Gefahren auf dem Schulweg beitragen und pädagogisch nicht sinnvoll sind, weil der Schulweg ein wichtiges Erfahrungsmoment der Kinder ist. Auch dort muss die Einsicht bei den Eltern Platz greifen und wenn sie ausnahmsweise ein Kind mit dem Auto bringen, dass sie nicht gerade dort halten, wo es für andere Kinder dadurch zusätzliche Gefahren gibt. Es bleiben Risikosituationen, weil der Verkehr insbesondere für Kinder ein Risiko birgt. Mit einem Halteverbot kommen wir auf jeden Fall nicht weiter. Wir werden uns bemühen, nach allen Möglichkeiten zu suchen, die Situationen vor den Kindergärten und Schulhäusern zu entschärfen.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

Stephan Ackermann: Ich kann mich mit den Antworten noch nicht zufrieden geben. Der Gemeinderat hat die erste Frage ablehnend beantwortet. Dem kann ich ein Stück weit folgen. Bei der Frage 3 „*Was für andere Massnahmen gedenkt der Gemeinderat zu ergreifen?*“ hätte ich mir etwas Konkretes vorgestellt. Wenn der Gemeinderat sagt, man könnte Tempo-30 um Schulhäuser machen, man könnte eventuell markierte Parkplätze machen und man könnte die Eltern auch besser informieren. Will dies der Gemeinderat effektiv machen? Und wann? Warum ich zum Halteverbot gekommen bin. Es handelt sich um eigene Erfahrungen. Ich habe Kinder zum Kindergarten begleitet und dabei festgestellt, dass vorne dran parkiert wurde, wie unübersichtlich solche Situationen sind und wie gedankenlos die Eltern wieder fortfahren. Sowie ihre Kinder in den Autos waren, kamen sie nicht mehr auf die Idee, dass sie mit ihrem Verhalten andere Kinder gefährden. Auch habe ich vorgängig zur Interpellation Gespräche geführt mit Lehrpersonen, mit Gemeindepolizei und anderen Eltern. An die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Punkte glaube ich nicht so recht. Eine Information der Eltern interessiert diese nicht und man kann ja keine Massnahmen ergreifen. Zu den markierten

Parkfeldern: Mir ist bekannt, dass man so etwas bis Ende 2008 machen wollte und ich habe diesen Termin extra abgewartet. Was kann konkret gemacht werden? Es ist jedes Schulhaus anders und man könnte diese Massnahmen auch dem Protokoll anheften, damit Du nicht alle ablesen musst. Wann sollen diese Massnahmen umgesetzt werden?

Erich Schwob: Als ich das gelesen habe, habe ich an alte Zeiten gedacht, als ich im Egelmattschulhaus war, als jeden Morgen dasselbe Mami herangefahren ist und die Kinder ausgeladen hat, die nur 100m weiter oben wohnten. Das ist das Eine. Es sind diejenigen Eltern, die kein Vertrauen zu ihren Kindern oder dem Strassenverkehr haben und die ihre Kinder ganz behütet bringen. Es gibt aber Schulhäuser, da machen die Eltern Fahrgemeinschaften, damit Kinder nicht in den Längibus müssen. Da müsste auch etwas unternommen werden. Es kann nicht sein, dass man sagt, man macht kein Halteverbot, weil die Einhaltung schwer zu kontrollieren ist. Man sollte an gewissen Orten auch die Ursachen anschauen, warum gewisse Eltern ihre Kinder nicht mehr alleine in die Schule lassen. Darum sollte man auch beim Längibus schauen, was genau dort drin läuft. Ich habe auch schon von einer erwachsenen Person gehört, die in den Bus einstieg, und von Jungen angepöbelt wurde „Darfst du überhaupt hier hin sitzen“. Die Idee, dass jemand der Gemeindepolizei an einem Elternabend erscheint und sagt „Die Kinder sollen alleine in die Schule, damit sie selbständig werden“. Das hat mehr Gewicht als das Kindergartenfräulein. Es muss die Gemeindepolizei, noch besser die Kantonspolizei sagen, dass es nicht sinnvoll ist, die Kinder zu behüten, bis sie in die Rekrutenschule gehen. Darum gebe ich Stephan Ackermann recht.

Bruno Baumann: Offenbar ist das Bringen der Kinder mit dem Auto ein grosses Problem. Ich habe es selber erfahren und möchte beliebt machen, dass gerade in dieser Zeit (Kunimattkreisel) der Gemeinderat den Eltern einen Brief schreibt und appelliert, die Kinder nicht mit dem Auto in die Schule zu schicken. Dies nicht mit einem Verbot aber jetzt haben wir Gelegenheit und einen Anlass, den Eltern zu sagen „Es gibt ja schon Stau genug und zeigt den Kindern nun den Weg in die Schule“. Das wäre im Sinne von Vorbeugen und ich appelliere an den Gemeinderat, die zu tun.

GR Ruedi Brassel: Es ergibt keinen Sinn, darüber zu diskutieren, welche Parkfelder nun markiert werden sollen, sondern es geht darum vor allem bei jenen Schulhäusern und Kindergärten eine Entschleunigung zu erreichen, die in Tempo-50-Zonen liegen. Im Übrigen nehme ich gerne diese Anregungen auf und vielleicht kann auch die Schulratspräsidentin an den Elternabenden dazu beitragen. Ich hoffe, dass wir einen Schritt vorwärts kommen.

Geschäft Nr. 2597 Zonenplan Siedlung, Mutation Nr. 14, Lindenhof - Verabschiedung zuhanden des Einwohnerrates

Aktenhinweis:

- Bericht des Gemeinderates vom 31. März 2009

GP Beat Stingelin: Es handelt sich um eine alte Geschichte und etwas, das nicht gut herausgekommen ist. Es gab lange Einwohnerratsdebatten- und was ist schlussendlich herausgekommen? Ein Haus, ein Brunnen und ein Baum, die geschützt hätten sollen und rundherum wurden Blechhütten aufgestellt und man hat geglaubt, man habe etwas Gutes gemacht. Dazumal gab es Voten, man solle das Haus abbrechen und auf den Ballenberg bringen. Ich glaube, das wäre der bessere Weg für den Lindenhof gewesen. Heute steht die Linde nicht mehr, das Haus wurde an eine andere Firma verkauft

und dient im Moment als Klublokal. Sonst sind einige Firmen darin, die beinahe monatlich wechseln. Das man die hier vorgeschlagene Mutation macht und den vermeintlichen Schutz wegnimmt, ist richtig. Der Brunnen, den man sanieren und an einem anderen Ort aufstellen kann, soll erhalten bleiben. Darum bitte ich um Zustimmung zur Mutation 14.

Eintreten

Kurt Lanz: Ich habe die Vorlage gut gelesen und verstanden, um was es geht. Vor 25 Jahren hat die Geschichte angefangen, man kann es in der Vorlage nachlesen. Es gab eine Volksabstimmung und der Gegenvorschlag des Gemeinderates wurde angenommen. Dass man heute gar keinen Schutz mehr will, damit habe ich Mühe. Ich kann in Pratteln und im Internet nachschauen und finde für Pratteln ungefähr 30 Baudenkmäler. Das ist positiv und Lindenhof wäre auch eines gewesen. Sie können nun finden, ich würde hier viel Herzblut investieren, weil ich damals beim Initiativkomitee war und den Lindenhof schützen wollte. Das ganze Anwesen, und nicht nur das Haus, ist tatsächlich schützenswert gewesen. Als ich damals den Gegenvorschlag des Gemeinderates gesehen habe, habe ich das fast etwas frech gefunden und aus diesem Grund bitte ich sie, nicht auf das Geschäft einzutreten. Ich möchte später zeigen können, wie man es machen muss, wenn man es nicht gut machen will. So gesehen würde ich es als Mahnmal stehen lassen.

Fredi Wiesner: Die SVP-Fraktion ist, nachdem der Beschlussantrag geändert wurde, für Eintreten. Im Gegensatz zu Kurt Lanz war ich damals nicht dabei. Das was heute noch vorhanden ist, ist sicher nicht mehr schützenswert. Nachdem man den Schutz früher beschlossen hatte, wurde nicht mehr geschaut, dass auch etwas erhalten bleibt, das schützenswert ist. Darum soll man eintreten und direktberaten.

Roger Schneider: Eine Bemerkung zur Vorlage. Bei „Weiteres Verfahren“ „... nach Beschluss durch den Einwohnerrat ...“. Die Genehmigung erfolgt erst durch den Regierungsrat. Zum Inhalt. Ich habe ähnlich wie Kurt Lanz meine Mühe. Diese Planmutation wirft ein ungünstiges Licht auf den Vollzug, wie man solche Objekte wirklich schützt. Immerhin war eine Volksabstimmung darum und der Lindenhof hat bis in den revidierten Zonenplan Pratteln Mitte überlebt. Warum hat man sich nicht bei der Revision von Pratteln Mitte Gedanken über die geschützten Objekte gemacht? Ich habe Verständnis dafür, dass man etwas nicht mehr schützen will, das nicht mehr in der ursprünglichen Qualität vorhanden ist. Ein geschützter Baum beispielsweise verlangt einen Ersatz, wenn dieser Baum verschwindet. Warum waren diese Schutzobjekte kein Thema bei der Revision von Pratteln Mitte? Dann habe ich Mühe mit dem Demokratieverständnis. Wir hatten ja eine Abstimmung und der Gegenvorschlag wurde angenommen und der Schutz hat dann für solche Objekte eine besondere Bedeutung. Bei der Revision Pratteln Mitte wurde, wenn ich mich richtig erinnere, ein Baum pro 1'000m² Arealfläche verlangt. D. h. in diesem Areal müssten 2 Bäume gepflanzt werden und die Verwaltung sollte auch hier besser auf den Vollzug achten.

Thomas Sollberger: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Direktberatung. Der Fall ist ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn Kompromisse gemacht werden. Leider hat das Hofgut Hohenrain in den letzten 25 Jahren auf dieser Bühne seine Rolle verloren und es ist offensichtlich niemand in der Lage, ihm eine neue Rolle zuzuweisen. Es kommt einem vor, wie der untaugliche Versuch, eine Verdioper im Kellertheater aufzuführen. Weil die Denkmal- und Heimatschutzkommission nichts gegen die Aufhebung des Schutzes hat, stimmt die FDP-Fraktion der Mutation Nr. 14 zu.

Kurt Lanz: Ich möchte klar zum Ausdruck bringen, dass ich verstanden habe, um was es hier geht, dass ich meine Vorredner verstanden habe. Mein Beweggrund ist, dass wir ein Mahnmal haben sollen, um zu zeigen, wie es nicht geht und wie mit Salamtaktik daran herumgeschnitten wird. Das kann es für mich nicht sein.

GP Beat Stingelin: Ich verstehe, dass du ein Mahnmal willst, aber ob das der richtige Ort ist und der richtige Platz? Ich glaube, es ist falsch, dies stehen zu lassen, weil niemand mehr von früher auf der Verwaltung schafft und niemand mehr im Gemeinderat ist. Man kann sagen, das Land soll so bleiben wie es ist, du hast darin nichts zu machen. Ich verstehe den Unmut. Aber, und das ist das Problem des ganzen Geländes. Dort war früher eine Matte und der Hohenrainstrasse nach ein 3 – 4m hoher Lebhag und man sah nicht, was dahinter ist. Dann wurde das Gelände nach und nach überhaupt und nachdem der Lebhag weg war, hat man gemerkt, dass man etwas schützen wollte, was aber nicht gemacht worden ist. Warum das passiert ist, verstehe ich auch nicht. Es wäre heute der falsche Weg zu sagen „Wir machen nichts und lassen es stehen“. Ob es ein Thema bei Pratteln Mitte war. Man hat tatsächlich diskutiert und dort hat man gesagt „Was soll das Gebäude zwischendrin; die Hälfte ist nicht mehr vorhanden und es macht keinen Sinn. Es wurde nicht ein Mal bemerkt, dass die Linde entfernt wurde. Auch das muss gesagt werden. Warum wurde es nicht bemerkt? Weil man es nicht wahrgenommen hat. Dass Roger Schneider sagt, man solle auf der Verwaltung besser aufpassen, dass so etwas nicht mehr passiert. Da hat niemand gemerkt, dass etwas weg gekommen ist. Ich stimme Kurt Lanz zu „Es ist schlecht“ aber das Mahnmal wäre am falschen Ort. Bei einem Mahnmal sollen alle Personen hierin daran Denken, dass etwas tatsächlich zu schützen ist, wenn es geschützt werden soll.

Olga Aeberhardt: Ich bin sehr unbefangen an das Geschäft herangegangen. An einem Sonntag habe ich es besucht und das Gebäude passt heute überhaupt nicht mehr in diese Industriegegend und darum bitte ich um Genehmigung, wie es beantragt wurde. Wir sind jetzt da und was vor 25 Jahren falsch gelaufen ist, ist vorbei. Lassen wir den neuen Besitzer aus dem Haus etwas Neues machen

Roger Schneider: Mir geht es vor allem um die Glaubwürdigkeit der Planung. Jetzt entsteht der Anschein, dass ein Interessent für das Grundstück vorhanden ist, der etwas bauen möchte und dies nur kann, wenn der Schutz aufgehoben ist. Und jetzt wird ein Plan mutiert, der schon revidiert, aber noch nicht genehmigt ist. Wieso hat man nicht das dort nicht gemacht? Wieso ist das heute möglich? Der Schutz hat sich ja nicht geändert. Die Linde ist ja schon längere Zeit weg und es sollte wirklich möglich sein, mehr auf so etwas zu achten, weil sonst die Glaubwürdigkeit in Frage gestellt ist.

GP Beat Stingelin: Pratteln Mitte und auch Admesareal sind solche Punkte. Die Kommission hat gesagt „Wir machen dort Freizeit“ und dies wurde auch so beschlossen. Dann kam etwas Anderes, bei dem der Gemeinderat gefunden hat, es sei sinnvoller, etwas anders zu machen, was die Hälfte weniger Verkehrsaufkommen hat als das Blumencenter und bei dem die Leute nebenan am Wochenende Ruhe haben, statt eine Gokartbahn. Und wenn man es so anschaut, muss man sagen „Wir haben den Mut zu sagen, wir machen eine Mutation“. Hier ist es dasselbe. Der Vorbesitzer war in Amerika und nicht erreichbar und ist Konkurs gegangen und die Problematik war, dass die Bank an einen Interessenten getreten ist und dann gibt es eine andere Sicht. Man kann auch in einer laufenden Planung tatsächlich klüger werden. Wir haben das Gefühl, dass wir hier einen Schritt machen, der besser ist als das, was jetzt vorhanden ist.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen Eintreten.

Direktberatung: Das Wort wird nicht ergriffen.

Der Rat beschliesst mit 28 : 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen:

://: Der Einwohnerrat stimmt der Mutation Nr. 14, Lindenhof, zu und beauftragt den Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens gemäss § 31 RBG.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist:
29. Juni 2009.

Geschäft Nr. 2595 Interpellation der SP-Fraktion betr. "Fiber to the Home - FTTH"

Aktenhinweis:

- Interpellation der SP-Fraktion betr. "Fiber to the Home - FTTH" von Kurt Lanz vom 29. März 2009

GR Ruedi Brassel: Pratteln ist dieser neuen Technik fast voraus. *Frage 1: Hat sich der Gemeinderat über eine FTTH-Lösung für unser GGA-Netz bereits Gedanken gemacht?* Ja. *Frage 2: Ist eine derartige Lösung zum jetzigen Zeitpunkt bereits möglich?* Ja und Nein. *Frage 3: Mit welchen Kosten wäre bei einer Gesamterneuerung des Netzes zu rechnen?* Dies wären CHF 10 – 15 Mio. für die Gemeinde und zusätzlich CHF 3 Mio. für die Privaten. Hier die Erläuterungen. Wir haben heute nicht ein FTTH-Netz, dies heisst nicht eine Glasfaser bis an den Einzelanschluss von jedem Abnehmer. Wir haben ein sogenanntes HFC-Netz (Hybrid-Fiber-Coax-Netz). Dies bedeutet, dass die Glaserfaser bis an eine Verteilstelle geht, von der aus die einzelnen Haushalte angeschlossen werden. Die Glasfaser ist die effizienteste Transportform des optischen Signales. Das optische Signal muss aber in ein elektronisches Signal umgewandelt werden, soll das Fernsehgerät etwas zeigen. Dies muss spätestens im Endgerät erfolgen. Was wir jetzt haben, ist die Umwandlung in den sog. Nods, in den Verteilpunkten selber. Die Nods, in Pratteln gibt es für 7'000 Hausanschlüsse 85 Nods, die ihrerseits sternförmig das Signal in die einzelnen Wohnungen leiten und in den Nods wird das Signal umgewandelt. Jeder Nod versorgt in Pratteln im Durchschnitt 85 Haushaltungen. Mit einem solchen Koeffizienten, 85 Haushalte pro Nod, sind wir wirklich der Zeit voraus. Cablecom plant zurzeit ihr Netz zu erneuern. Anfangs 2009 wurde diese Planung bekannt gegeben und sie planen nicht FTTH, sondern genau so wie in Pratteln bereits vorhanden. Das Netz in Pratteln wurde seit 1984 langsam aufgebaut und haben heute eine Leitung von 882 Megahertz. Eine Frequenz, die Cablecom heute auch realisieren will. Wir haben dies seit 1984. Cablecom realisiert aber pro Nods 500 – 1'000 Haushaltungen. D. h. wir haben einen gewaltigen Vorsprung mit diesem HFC-Netz was Sicherheit, Qualität und Geschwindigkeit betrifft. Nach allen Annahmen ist diese Infrastruktur für die nächsten 10 – 15 Jahre ausreichend. Was würde es jetzt bedeuten, das bestehende HFC-Netz in ein FTTH-Netz umzuwandeln, wie es dort gemacht wird, wo die Netze vollständig neu installiert werden? Wir würden pro Haushalt CHF 1'700 bis 2'500 investieren, also CHF 10 – 15 Mio. in einer Situation, in der wir über ein Netz verfügen, in dem sehr komfortabel das Signal in den Nods umgewandelt wird. Davon abgesehen gibt es bereits FTTB (Fiber-To-The-Building), d.h. wir haben einzelne Häuser in Pratteln, die bis in den Hausanschluss hinein mit Glasfaser versorgt werden. Das kann nach Absprache mit der Bauherrschaft auch so eingerichtet werden. Die GGA ist also durchaus bereit, die Lösung FTTB zu realisieren. Was dann im Haus selber passiert, ist Angelegenheit des Hausbesitzers und nicht der GGA. Zusammenfassend lässt sich sagen: Wir sind in einer komfortablen und höchst fortschrittlichen Situation. Die Planung der GGA-Anlagen war schon immer vorausschauend und wir wollen nicht auf dieser Situation ausruhend. Wenn Cablecom anfängt, die Situation ein wenig aufzuholen zu dem, was wir schon seit über 10 Jahren haben, dann ist das in Ordnung und wir werden immer noch viel besser ausgestattet sein als Cablecom. Wir werden dort investieren, wo es effektiv mehr Sicherheit und Qualität bringt und nicht eine absolut funktionstaugliche und auf dem besten Stand befindliche Infrastruktur ersetzen.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

Kurt Lanz: Wir haben eine gute GGA bei uns in Pratteln und wahrscheinlich eine der besten der Schweiz. Wo erhält man ein solches Angebot für CHF 9.90? Nichts-desto-Trotz muss man früh genug sehen, dass es in die richtige Richtung vorwärts geht. Es ist korrekt, wenn der Gemeinderat sagt, dass es in Pratteln auch schon Häuser gibt, die mit Glasfaser versorgt werden. Das habe ich nur vom Hochhaus an der Muttenzerstrasse gehört. Ich wünsche mir, dass in Zukunft mehr Mehrfamilienhäuser direkt erschlossen werden. Ich sehe auch, dass man nicht alle Leitungen herausnehmen und durch Glasfaser ersetzen muss; aber bei Mehrfamilienhäusern sollte dies angesprochen werden oder so eingerichtet sein, dass diese Option auch bei Einfamilienhäusern relativ locker zu machen ist, wenn sie neu gebaut werden. Wenn die Rede von der Cablecom ist, die offensichtlich ein Vergleichsparameter für uns sein soll, muss ich sagen, wenn Swisscom und Sunrise in Zürich bereits solche FTTH-Angebote haben, dann läuft dort etwas und ich möchte nicht, dass die GGA Pratteln buchstäblich den Anschluss verpasst.

Emil Job: Die Unabhängigen haben dies ebenfalls angeschaut und festgestellt, dass dies eine gute Sache ist, vor allem, wenn man bedenkt, dass man bei Neubauten dies sicher in Betracht zieht und auch macht. Und vielleicht nicht nur 1 Faser, sondern gerade 2 oder mehr, denn so viel mehr kostet dies nicht. Nicht zu unterschätzen ist, man kann die Fasern auch vermieten; auch dies im Hinterkopf zu behalten. Bei der Vermietung von Fasern ist man im Geschäft und dann reicht ein FTTN, dann nicht mehr und man muss ein Netz mit mehreren Fasern haben. Man muss daran denken.

Fredi Wiesner: Wir haben verschiedene Ausführungen über die Glasfasernetze gehört, die schon bestehen oder gemacht werden sollen. Von mir aus gesehen ist das Wichtigste, wie Kurt Lanz ausgeführt hat, dass wir bereits in den Strassen Glasfaserkabel haben und dort eine optimale Übertragung machen könnten. Es hapert jedoch bei den Blöcken und dort sind immer noch viele 30-jährige Installationen. Man dürfte dies eigentlich gar nicht mehr benutzen und diese haben die grösste Mühe. Die Signale umzuwandeln. Und wenn ich mir nun vorstelle, dass die Glasfaser bis dort gezogen wird und was wir dann daraus machen; ich glaube, man müsste die Hausbesitzer darauf aufmerksam machen, dass Handlungsbedarf besteht, ihre Installationen anzupassen, damit die Mieter das jetzige Netz optimal nützen können.

Geschäft Nr. 2599

Interpellation der FDP-Fraktion betr. "Pensionskasse für die Gemeindeangestellten"

Aktenhinweis:

- Interpellation der FDP-Fraktion betr. ""Pensionskasse für die Gemeindeangestellten" vom 27. April 2009

GR Max Hippenmeyer: *Frage 1:* Wie hoch ist der Anteil von Pratteln an der Deckungslücke der BLPK? Gemäss Mitteilung der BLPK vom 22. April 2009 beträgt der Anteil von Pratteln per 31.12.2008 CHF 13'867'856. *Frage 2:* Liegen dem Gemeinderat Konzepte für die Revision der BLPK vor oder ist er in die Vorarbeiten involviert? Nein, es liegen uns weder Konzepte vor noch sind wir bei der Suche nach Lösungen involviert. Der Regierungsrat hat uns informiert, dass er vor geraumer Zeit eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, die Massnahmen zur Schliessung der Deckungslücke und zur Behebung der strukturellen Unterfinanzierung der BLPK erarbeiten soll. Dabei muss gemäss Vorgaben des Regierungsrates eine Opfersymmetrie zwischen aktiven Versicherten, Arbeitgeber und Rentnern beachtet werden. Im Klartext heisst das, dass die Ausfinanzierung nicht nur zu Lasten des Arbeitgebers d.h. bei den öffentlichen Ge-

meinwesen zu Lasten der Steuerzahler gehen darf. Ausserdem soll die Deckungslücke langfristig, d.h. über eine Zeitperiode von mindestens 20 Jahren geschlossen werden. Die Arbeitsgruppe soll dem Regierungsrat noch in diesem Jahr einen Bericht über mögliche Sanierungsmassnahmen unterbreiten. *Frage 3: Liegt dem Gemeinderat die Empfehlung des kantonalen Finanzdirektors, Rückstellungen zu bilden, schriftlich vor oder hat sich dieser nur über die Medien geäussert?* Jawohl, diese ist am 1.4.2009 auf der Gemeindeverwaltung eingetroffen. Allerdings wird darin auch hervorgehoben, dass gemäss Gemeindefinanzordnung keine Verpflichtung besteht, für solche Deckungslücken Rückstellungen zu bilden. *Frage 4: Ist der Gemeinderat -angesichts des Millionenüberschusses 2008- bereit, für einen Teil (z.B. 50%) der Deckungslücke (Anteil Pratteln) eine Rückstellung zu bilden?* Ein 50%-Anteil (fast CHF 7 Mio.) würde das Eigenkapital bei weitem sprengen. Der Gemeinderat hat sich intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt, bereits vor der Empfehlung von Regierungsrat R Balmer und ist einstimmig zum Schluss gekommen, dass zum jetzigen Zeitpunkt kein Handlungsbedarf besteht. Dies aus folgenden Gründen: 1. Der Bericht der erwähnten Arbeitsgruppe ist abzuwarten, damit die Situation aufgrund von den vorgeschlagenen Lösungsansätzen analysiert werden kann. 2. Handelt es sich um langfristige Massnahmen über einen Zeithorizont von mehr als 20 Jahren. Der Gemeinderat ist nicht gewillt, den über die letzten 7 Jahre mühsam gewonnenen Handlungsspielraum z.B. für Investitionen einzuschränken ohne klar definierten und dringenden Handlungsbedarf. 3. Es ist zu beachten, dass die negative Entwicklung des Deckungsgrades das Ergebnis eines historisch beispiellos schlechten Börsenverlaufs ist und es sich bei den Verlusten um Buchverluste handelt. Der Cashflow der BLPK ist immer noch positiv. Ein Vorpellen der Gemeinden bringt ausser falschen Signalen zum jetzigen Zeitpunkt nichts. *Frage 5: Ist der Gemeinderat bereit, in der Jahresrechnung 2008 ff. eine Bilanzanmerkung über die Höhe der (anteilmässigen) PK-Unterdeckung zu machen?* Der Anteil der Gemeinde wird erst ab nächster Rechnung als Eventualverpflichtung ausgewiesen, da die Rechnung 2008 bei Erhalt der Empfehlung aus Liestal schon abgenommen und gedruckt war. Das ist mit den zuständigen Stellen so abgesprochen und eine nachträgliche Änderung drängt sich nicht auf, umso mehr auch unsere Revisionsstelle ROD dies weder beanstandet noch verlangt hat.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Diskussion.

Dieter Stohler: Wir sind alle überrascht, wie gross die anteilmässige Deckungslücke ist: CHF 13 Mio. sind ein stolzer Betrag für die Pensionskasse der Gemeinde Pratteln. Ich sage extra „Pensionskasse der Gemeinde Pratteln“, auch wenn wir der BLPK angeschlossen sind. Die BLPK besitzt zwar eine Staatsgarantie des Kantons, aber es lassen sich nicht alle Probleme auf den Kanton abschieben. Im Gesetz über die Staatsgarantie für die BLPK steht schwarz auf weiss, dass der Kanton für allfällig erbrachte Garantieleistungen „auf die angeschlossenen Arbeitgeber angemessen Rückgriff nehmen kann“. Pratteln kann es also treffen und aus Gründen der Transparenz ist zu bemerken, wenn inskünftig eine Bilanzanmerkung in der Höhe der Eventualverpflichtung bzw. Deckungslücke gemacht wird, dass man zur Kasse gebeten wird. So wird man sich der Situation bewusst, CHF 13 Mio. Anteil Unterdeckung nur für Pratteln, und weiss, dass etwas in Zukunft zu zahlen ist. Nach dem jetzigen System der Staatsgarantie müssten wir nichts bezahlen aber die Entwicklungen gehen in eine Richtung, bei der keine Garantieleistungen erbracht werden sondern die Staatsgarantie zu Gunsten einer vollen Kapitaldeckung, vollen Ausfinanzierung ablösen wird. Bei dieser Ablösung ist zu erwarten, dass Pratteln die ganze oder einen Anteil der Deckungslücke selber ausgleichen muss. Stichwort „Opfersymmetrie“ mit der Annahme von 50%, also ca. CHF 6.5 Mio. und für einen Arbeitgeber wie Pratteln ein sehr stolzer Betrag und dies auch bei einer schrittweisen Amortisation über Jahre oder Jahrzehnte. Diese Gedanken sind nicht Phantasie, Regierungsrat Balmer verbreitet diese Gedanken offenbar und wir sind auf das entsprechende Konzept gespannt. Ein Blick über die Kantonsgrenzen zeigt: Kt. Aargau hat genau dieses per 1. Januar 2008 gemacht und die meisten Aargauer Gemeinden standen genau vor dem Problem, einen rechten Betrag zu-

rückzustellen, um einen Anteil der Deckungslücke zu finanzieren. Bei dieser Ausgangslage gilt es, die finanzpolitischen Prioritäten entsprechend zu ordnen. Versprochene Leistungen der Pensionskasse sind zu erfüllen, die laufenden Renten dürfen -und das finde ich richtig- nicht gesenkt werden. Werden die Pläne der BLPK zur Umstellung auf volle Kapitaldeckung wahr gemacht und muss die Deckungslücke ausfinanziert werden, sind dies eingegangene Verpflichtungen gegenüber den Angestellten und Pensionierten, die einzuhalten sind und der Arbeitgeber sich ganz oder teilweise beteiligen muss. Es handelt sich um Sozialabgaben, die zu den Arbeitsverhältnissen gehören und nicht um Sercivepublic-Leistungen, die man je nach politischem Willen erbringen, aufschieben oder einstellen kann. Solche Verpflichtungen sind für mich in erster Priorität zu erfüllen genau wie die Löhne und AHV-Beiträge. Wenn nun ein Millionenüberschuss vorliegt, das wird an der nächsten Sitzung diskutiert, erachte ich die Empfehlung des kantonalen Finanzdirektors mindestens als beachtenswert, Rückstellungen zu tätigen, statt neue Ausgaben zu beschliessen. Ich möchte alle Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen, die eine gewisse soziale Verantwortung als Arbeitgeber gegenüber dem Personal der Gemeinde Pratteln haben, aufrufen, sich Gedanken im Hinblick auf die nächste Sitzung zu machen, ob es richtig ist, dass man die CHF 2 Mio. Überschuss einerseits durch 1 Mio. Abschreibungen verstecken, die überhaupt nicht Pflicht sind und die zweite Mio. als Einlage für die Vorfinanzierung von Infrastrukturbauten. Es ist zu investieren, aber mit der Vorfinanzierung ist noch nichts finanziert, es ist eine Art Rückstellung, und da darf man sich fragen „Was ist wichtiger; Geld zurückstellen für etwas das man vielleicht machen will oder für etwas, was mit grosser Wahrscheinlichkeit als Verpflichtung auf Pratteln zukommt?“

GR Max Hippenmeyer: Es geht nicht darum, uns vor einer Verpflichtung zu drücken, die wir eines Tages wahrscheinlich haben werden. Es geht uns darum, abzuwarten, welche Lösungsvorschläge wir auf den Tisch bekommen werden. Wir wollen nicht auf Vorrat handeln, sondern wenn es konkret wird. Es ist klar, dass nicht jeder dieselben Prioritäten hat und Dieter Stohler als Verantwortlicher für die Pensionskasse-BS sieht es aus einer anderen Optik und wir als Gemeinderat haben einen weiteren Blickwinkel. Wir wollen abwarten, keine Panik verbreiten und vielleicht reduziert sich die Deckungslücke, wenn die Börsen weiterhin aufwärts gehen.

Fragestunde

SVP-Fraktion: „Verkehrsbelastung im Dorfkern anlässlich Kunimattkreisel-Bau“

Aktenhinweis

- Frage der SVP-Fraktion: „Verkehrsbelastung im Dorfkern anlässlich Kunimattkreisel-Bau“ vom 18. Mai 2009

GR Rolf Wehrli: *Frage 1: Wie steht es mit der gewünschten Verbesserung der prekären und unsicheren Platzverhältnissen vor der Kreuzung Bahnhofstrasse zur Muttenerstrasse (Motion Geschäft Nr. 2514, ist leider noch nicht erledigt) sie könnte doch mit kleinem Aufwand sehr vorteilhaft für die zu erwartende, überlastende und ungeliebte Verkehrssituation bestens beitragen?* Dem Gemeinderat ist bewusst, dass die Kreuzung Bahnhofstrasse zur Muttenerstrasse nicht für alle befriedigend ist Auch wir wünschen uns eine Verbesserung. Über das Postulat und nicht Motion, hat der Gemeinderat in der Einwohnerratssitzung vom September 2008 Bericht erstattet und beantragt, das Postulat abzuschreiben. Der Einwohnerrat hat das Postulat nicht abgeschrieben. Der Gemeinderat begründete seinen Antrag, dass im Rahmen der zukünftigen Strassenraumgestaltung im Bereich der Muttener-/Oberemattstrasse von der Bahnhofstrasse bis zur Gottesackerstrasse, ein Gestaltungs- und Betriebskonzept erarbeitet wird.

Auch im Zusammenhang mit der laufenden Ortskernplanrevision. Eine ganzheitliche Planung soll Einzellösungen vorgezogen werden, in einem ablesbaren Gesamtkonzept. Auch die Ausarbeitung eines Gestaltungs- und Pflegekonzeptes für den Jörinpark soll in die Strassenraumplanung einbezogen werden. Der Gemeinderat sieht die Realisierung des Gesamtkonzeptes in den nächsten 5 bis 10 Jahren. *Frage 2: Wann gedenkt der Gemeinderat diese Motion endlich zu erfüllen? Eine sinnvolle Erledigung.* Die Abteilung Bau ist daran mit einem Verkehrsplaner eine provisorische Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich der Einmündung Bahnhofstrasse/Muttenerstrasse zu prüfen (Langsamverkehr, Velo). Ein Ergebnis soll noch vor den Sommerferien dieses Jahres vorliegen. Eine weitergehende Planung bzw. Gestaltung in diesem Bereich soll das zukünftigen Betriebs- und Gestaltungskonzept aufzeigen. *Frage 3: Wie steht es eigentlich mit der Fertigstellung meines Postulates „Geschäft Nr. 2486, Kein Schleichverkehr im Neusatzweg“?* In seiner Februarsitzung 2008 hat der Einwohnerrat das Postulat mit der Berichterstattung des Gemeinderates als erfüllt abgeschrieben. Als Lösungen wurden versetzte Parkfelder im Neusatzweg vorgeschlagen, nachdem der Bus nicht mehr durch das ganze Quartier fährt. Diese Massnahme hat sich in Pratteln an anderem Ort bewährt und wird im Sommer 2009 umgesetzt und über das Budget abgewickelt. Diese Massnahme wurde im Sommer 2008 nicht umgesetzt. Nicht, weil der Gemeinderat nicht wollte, sondern weil die Massnahme nicht im Widerspruch zum Parkraumbewirtschaftungskonzept (in Bearbeitung) stehen soll. Das Parkraumbewirtschaftungskonzept wurde vom Gemeinderat mit zu klärenden juristischen Fragen verabschiedet. In diesem Zusammenhang sind wesentliche rechtliche Probleme aufgetaucht, die nun abgeschlossen werden können. Es befanden sich einige Knacknüsse darunter, unter anderem auch im Zusammenhang mit dem Grüssenurteil. Die Massnahme bezüglich versetzter Parkfelder am Neusatzweg werden nun diesen Sommer umgesetzt.

Erich Weisskopf: Ich bin gar nicht einverstanden. Wir wissen doch, dass es in diesem Gebiet eine Verkehrsbelastung gibt, und es wäre mit wenig Aufwand machbar, das Trottoir um 30 bis 50cm abzurunden, sodass dort ein flüssigerer Verkehr möglich wäre, wenn dort Leute stehen, die den Verkehr regeln. Dass das in 5 oder 10 Jahren richtig gemacht werden muss, ist mir schon klar. Mir geht es darum, während dem halben Jahr (Kreiselbau) bessere Verkehrsabläufe zu erreichen. Damit verbunden ist nur ein kleiner Aufwand. Von der Muttenerstrasse aus gesehen ist das Trottoir 1.7m breit und das Trottoir der Bahnhofstrasse ist 5.1m breit. Wenn man da nicht 30 – 50cm abdreht, das verstehe ich nicht. Dies ist eine kleine und schnelle Sache. Zweitens zum Schleichverkehr: Es wird lange geschlichen, da muss ich Geduld haben, das weiss ich.

SP-Fraktion: „Erni Haus, Hauptstrasse 66“

Aktenhinweis

- Frage der SP-Fraktion: „Erni Haus, Hauptstrasse 66“ vom 18. Mai 2009 von Thomas Vogelsperger

GR Rolf Wehrli: *Fragen: Steht diese Liegenschaft unter Heimatschutz und ist es zulässig, dass ein nicht unwesentlicher Teil abgebrochen wurde? Und wenn ja, wird das Haus wieder im gleichen Stil aufgebaut, welche besonderen Auflagen bestehen? Wie will die Bauherrschaft die Liegenschaft und das Grundstück in Zukunft nutzen und bis zu welchen Terminen sind die Bauarbeiten abgeschlossen?* Das Gebäude Hauptstrasse 66 ist gemäss Zonenplan als schützenswerte Baute (Gruppe B) bezeichnet. Es steht nicht unter Denkmalschutz, lediglich als kommunal geschütztes Gebäude. Gemäss Ziffer 3.15.4 des Zonenreglements sind Bauten der Gruppe B zu schützen und zu unterhalten und dürfen grundsätzlich nicht abgebrochen werden. Vor der Zustim-

mung zu einem unumgänglichen Abbruch, zum Beispiel wegen schlechtem Bauzustand, der eine Erhaltung verunmöglicht, muss eine Baubewilligung für einen entsprechenden Neu- oder Umbau vorliegen. Eine Baubewilligung ist im Jahr 2007 erteilt worden. Die Bauherrschaft hat jedoch mit dem Bau nicht begonnen. Die Abteilung Bau hat mit Schreiben vom 6. Mai 2009 die Eigentümerin der Baute bezüglich der fehlenden baulichen Sicherheit gemahnt. Diese ist aufgrund der markanten Rissbildung ersucht worden, die Mauer gegen die Hohle Gasse zu sichern, damit diese nicht einstürzen kann. Die Eigentümerin ist auf die Grundeigentümerhaftung gemäss Art. 679 ZGB aufmerksam gemacht worden. Anlässlich einer gemeinsamen Sitzung mit der Bauherrschaft bezüglich des weiteren Vorgehens, es ist neue Planung ist vorgesehen, hat diese auch mitgeteilt, dass die Mauer nicht gesichert werden konnte und diese bereits abgebrochen worden sei, folglich auch der Anbau. Die Bauarbeiter hatten Angst, das Gebäude überhaupt zu betreten, es könne zusammenstürzen. Die Bauherrschaft ist im Beisein eines Mitarbeiters der kantonalen Denkmalpflege aufgefordert worden, ein nachträgliches Gesuch für den bereits erfolgten Abbruch einzureichen. Die Bauherrschaft hat mündlich erklärt, dass eine neue Planung für das Gebäude erfolgen wird. Damit wird gehofft, dass der ärgerliche „Schandfleck“ in der schönen Kernzone nicht mehr zu Diskussionen Anlass gibt. Zu den Detailfragen: Die Gemeinde hat der Bauherrschaft empfohlen, für das Projekt einen Studienauftrag mit mehreren Architekten durchzuführen. Der sehr dominante Standort mitten in der Kernzone erfordert eine hohe architektonische Qualität. So wie es aussieht, gedenkt die Bauherrschaft diesen vorgeschlagenen Weg mitzugehen. Die genauen Bedingungen für das Projekt werden im Studienauftrag-Programm zusammen mit der kantonalen Fachstelle für Ortsbildschutz definiert. Ein allfälliger Abbruch könnte jedoch erst nach einem genehmigten Ersatzbau erfolgen, welcher die Anforderungen in der geschützten Dorfkernzone zu erfüllen vermag. Einen Termin bis zu welchem Zeitpunkt die Bauarbeiten abgeschlossen sein werden, können wir Ihnen nicht nennen.

Unabhängige Pratteln: „Schwachstellenanalyse Langsamverkehr“

Aktenhinweis

- Frage der Unabhängigen Pratteln: „Schwachstellenanalyse Langsamverkehr“ vom 18. Mai 2009 von Stephan Ackermann

Frage: Wird der Gemeinderat basierend auf der kantonalen Wegleitung für die Gemeinden eine Schwachstellenanalyse im Bereich der Fuss- und Radverkehrsnetze in Pratteln durchführen?

GR Rolf Wehrli: JA. Im Massnahmenplan der Energiestadt 4.3 nicht motorisierte Mobilität Punkt 4.3.2 ist vorgesehen, auch eine Schwachstellenanalyse durchzuführen. Der Gemeinderat erachtet es als wichtig, dass das Fusswegnetz und das Radwegnetz flächendeckend im Gemeindegebiet auf Schwachstellen untersucht werden. Ebenfalls ist diese Arbeit auch zusammen mit der kantonalen Fachstelle zu koordinieren (Fuss- und Radwege entlang Kantonsstrassen usw.).

Stephan Ackermann: Meinen Dank verpacke ich in eine Frage. Was für einen Zeithorizont sieht der Gemeinderat für das Projekt, wann soll dies erfolgen?

GR Rolf Wehrli: Ich könnte jetzt einfach sagen „in den nächsten 5 – 10 Jahren“, aber ich kenne den Termin nicht. Ich kann dies abklären und an der nächsten Einwohneratssitzung oder Dir mitteilen.

Geschäfte Nr. 2591, 2596 und 2600

Von der Traktandenliste abgesetzt

Geschäfte Nr. 2602, 2601 und 2513

nicht behandelt.

Die Sitzung wurde um 22:15 Uhr beendet

Pratteln, 11. Juni 2009

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Der Sekretär-St.V.

Christian Schäublin Joachim Maass